

öffentliche N I E D E R S C H R I F T  
**VERTEILER:**

<b>Körperschaft</b>	: <b>Stadt Norderstedt</b>	
<b>Gremium</b>	: <b>Umweltausschuss, UA/011/ X</b>	
<b>Sitzung am</b>	: <b>17.02.2010</b>	
<b>Sitzungsort</b>	: <b>Sitzungsraum 1 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt</b>	
<b>Sitzungsbeginn</b>	: <b>18:30</b>	<b>Sitzungsende</b> : <b>21:30</b>

**Öffentliche Sitzung**  
**Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzende/r	: gez.	Bodo von Appen
Schriftführer/in	: gez.	Stephanie Remstedt

# TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Umweltausschuss
Sitzungsdatum	: 17.02.2010

## Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

**von Appen, Bodo**

Teilnehmer

**Ahlers-Hoops, Wolfgang  
Brauer, Sven**

**Vertreter f. Herrn Lars Hartmann  
Vertreter für Herrn Heinz-Werner  
Tyedmers  
Vertreterin für Frau Annemarie Ebert**

**Hahn, Sybille  
Josov, Anton  
Nothhaft, Gerhard  
Pfeiler, Brita  
Platten, Wolfgang  
Pranzas, Norbert Dr.  
Ramcke, Michael  
Schenppe, Volker  
Schumacher, Arne  
Wedell, Ursula**

**Vertreterin für Frau Maren Plaschnick**

Verwaltung

**Bosse, Thomas  
Brüning, Herbert  
Kerlin, Bernhard  
Kurzewitz, Werner  
Remstedt, Stephanie**

**Erster Stadtrat  
Fachbereich 602  
Team 6011  
Fachbereich 701  
Protokoll**

**Entschuldigt fehlten**

Teilnehmer

**Ebert, Annemarie  
Hartmann, Lars  
Plaschnick, Maren  
Tyedmers, Heinz-Werner**

**Sonstige Teilnehmer**

**Frau Niehusen**

3  
**VERZEICHNIS DER**  
**TAGESORDNUNGSPUNKTE**

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Umweltausschuss
Sitzungsdatum	: 17.02.2010

**Öffentliche Sitzung**

**TOP 1 :**

**Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**TOP 2 :**

**Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

**TOP 3 :**

**Einwohnerfragestunde**

**TOP 4 : M 10/0037**

**Weiterentwicklung und Veränderung der Grünanlagen und Grünzüge anhand von Parkpflegewerken - Beispiel Moorbekpark und Ossenmoorpark**

**TOP 5 : B 10/0038**

**Entsorgung Verkaufsverpackungen**

**TOP 6 : M 10/0051**

**Haushalt 2009**

**Hier: Überplanmäßige Ausgaben im Betriebsamt im IV. Quartal 2009**

**TOP 7 : M 10/0050**

**Klimaschutz: Bilanz über das Norderstedter Förderprogramm "Wärmeschutz im Gebäudebestand"**

**TOP 8 : M 10/0052**

**Klimaschutz: Bilanz der Norderstedter CO2-Emissionen 2007/2008**

**TOP 9 : M 10/0058**

**Halbjahresbericht 2/2009**

**Fachbereich 602 Umwelt**

**TOP 10 :**

**Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 10.1 : M 09/0596**

**Anfrage der SPD-Fraktion zum Halbjahresbericht 2/2008, Fachbereich 602 Umwelt**

**Die Anfrage der SPD-Fraktion im Umweltausschuss am 17.06.2009 zum Halbjahresbericht wird folgendermaßen beantwortet:**

**TOP 10.2 :**

**Anfrage der SPD-Fraktion zu Winterdienst**

**TOP 10.3 :**

**Anfrage von Frau Hahn zur Haushaltsstelle 7200.93500 Abfallentsorgung Ausgabe  
23.000 Euro**

**TOP 10.4 :**

**Anfrage von Herrn Josov zum elektronischen Nachweisverfahren für Sonderabfälle**

**TOP 10.5 :**

**Anfrage von Herrn Nothaft zur Beantwortung der Anfrage zum Einsatz von  
Laubsaugern und Rasenmähern**

**TOP 10.6 :**

**Anfrage von Herrn v. Appen zur Beantwortung der Anfrage zum Einsatz der 1,1 cbm  
Papiertonnen**

**TOP 10.7 :**

**Anfrage von Herrn v. Appen zur Übernahme der Kosten des Einsatzes der  
Straßenfräsen im Winterdienst**

**Nichtöffentliche Sitzung**

**TOP 11 :**

**Berichte und Anfragen - nichtöffentlich**

## TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Umweltausschuss
Sitzungsdatum	: 17.02.2010

### **TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende Herr von Appen begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 13 Mitgliedern fest.

### **TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt.

**Abstimmung:**  
Bei 13 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

### **TOP 3: Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen von EinwohnerInnen gestellt.

### **TOP 4: M 10/0037 Weiterentwicklung und Veränderung der Grünanlagen und Grünzüge anhand von Parkpfliegewerken - Beispiel Moorbekpark und Ossenmoorpark**

Öffentliche Grünflächen werden für die Kommunen immer wichtiger. Durch die Ausbreitung der Siedlungsräume, die damit verbundene Versiegelung der Landschaft und den demografischen Wandel in der Gesellschaft gewinnen Freiräume in den städtischen Gebieten immer stärker an Bedeutung. Sie dienen der Erholung, dem Wasserhaushalt, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und verbessern das Stadtklima. Sie steigern die Lebensqualität der Bürger und damit die Attraktivität einer Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Schon bei der Wahl des Wohnortes sehen die meisten Bürger die Anbindung an Parks und Grünanlage und deren Einrichtungen als sehr bedeutenden Entscheidungsfaktor an.

Gerade in den Städten ist die Sehnsucht der Menschen nach Natur und einem „grünen“ Umfeld besonders ausgeprägt und es wird aktiv auf den Erhalt von Bäumen und naturnahen Lebensräumen geachtet. Ein grundlegendes Planungskriterium für die Planung der Parks und Grünzüge in Norderstedt war stets die naturnahe Gestaltung. Ein weiteres wichtiges

Planungskriterium ist die Nutzerorientierung – so erfolgt eine gewollte Beteiligung und Mitwirkung der Bürger (z. B. im Bereich Kinder, Jugendliche, Vereine, Senioren etc.) im Rahmen der Planung und auch Ausführung.

Die Norderstedter Parks und Grünanlagen sind in ihrer Entwicklung noch im Aufbau. Nur an wenigen Stellen gibt es alten Baumbestand. Viele Flächen sind mit Pioniergehölzen (Pappeln, Weiden, Birken) bestockt, die entweder gepflanzt wurden oder sich auf nicht mehr kultivierten Agrarflächen selbst angesiedelt haben. Um einen dauerhaften Gehölzbestand und eine Struktur mit markanten Eigenheiten eines alten Parks zu erreichen, besteht die Notwendigkeit über Jahre und Jahrzehnte durch selektive Pflegemaßnahmen die Entwicklung der Parks zu steuern.

Um dieses Entwicklungsziel zu erreichen, sollen Parkpflegewerke in Zusammenarbeit mit externen Fachplanern erstellt werden. Nur so können die notwendigen Entwicklungsschritte festgelegt und konsequent weiter verfolgt werden. Wichtig ist dabei die Bündelung der Planung unter Einbeziehung der Nutzeransprüche der Bürger unter Beachtung des Natur- und Landschaftsschutzes und des städtebaulich bedeutenden gesamtstädtischen Grünsystems und nicht zuletzt der Anforderungen einer qualifizierten Pflege der Grünanlagen. Eine qualifizierte Pflege ist die Grundvoraussetzung, um wertvolle Grünanlagen dauerhaft zu erhalten. Durch nicht sachgerechte Pflege entsteht unattraktives anonymes Grün, das wichtige Funktionen zur Naherholung und für die Natur verliert. Blühende Wiesen können nur durch standortgerechte Pflege erhalten oder entwickelt werden.

Bei der im August 2009 vollzogenen Aufgabenneuverteilung zwischen dem Betriebsamt und dem Team Natur und Landschaft auf der Grundlage der durchgeführten Untersuchungen zum Auftragnehmer- / Auftraggeberverhältnis im Bereich der Grünanlagenunterhaltung wurden u. a. folgende Zuständigkeiten für das Team Natur und Landschaft festgelegt:

- Gesamtzuständigkeit für Planung und Neubau von Grünflächen und anderen städtischen Freiräumen
- Erstellung und Fortschreibung von Pflegekonzepten für alle Grünanlagen und Grünzüge
- Überwachung der Entwicklung gemäß den Zielen der Landschafts- und Grünordnungsplanung und der ökologischen Belange sowie der Pflegekonzepte.

Das Betriebsamt hat die Aufgabe, die Grünflächen nach den Vorgaben der Pflegekonzepte und der Grünflächendatei in Eigenregie zu pflegen oder geeignete Fachfirmen mit der Pflege zu beauftragen.

Um die Qualität der Parks und Grünanlagen zu sichern, ist eine enge Zusammenarbeit von Planung und Unterhaltung notwendig und verabredet.

Das Team Natur und Landschaft hat die Norderstedter Grünanlagen und Grünzüge inventarisiert und unter unterschiedlichen Gesichtspunkten (z. B. Naturschutz, Erholungsnutzung und Verkehrssicherheit) bewertet. Seit dem Jahr 2009 werden gemeinsam mit dem Betriebsamt (Fachbereich 702) Ortsbegehungen der Grünanlagen und Grünzüge durchgeführt.

In einem ersten Schritt sollen nun der Politik die Ergebnisse aus den Begehungen sowie Vorschläge zur Weiterentwicklung und Veränderung der Grünanlagen Moorbekpark und Ossenmoorpark exemplarisch vorgestellt werden.

Der Moorbekpark, einer der großen Parks in Norderstedt, ist ein weitläufiger Landschaftspark beidseitig der Moorbek, mit Feuchtwiesen, kleineren Gehölzflächen, Knicks, einzelnen Bäumen und Baumgruppen. Ein weitläufiges Wegesystem verbindet Spielplätze und Ruheplätze, Wohnquartiere mit Versorgungs- und Gemeinschaftseinrichtungen.

Gleichzeitig bietet der Park mit seiner Vielfalt an unterschiedlichen Lebensräumen auch die Lebensgrundlage für eine Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten. Der Moorbekpark quert das Stadtzentrum an der Rathausallee und ist eng verzahnt mit den dort angesiedelten Nutzungen (Einkauf, Verwaltung, Kultur, Dienstleistungen und Verkehrsinfrastruktur - Bahnlinien und ZOB).

Im Moorbekpark sollen nördlich der Rathausallee zwischen dem Kino- und Polizeigebäude und dem Moorbekrondell und südlich der Rathausallee und östlich der Moorbekpassage noch bis zum 28.02.2010 einige Gehölzbestände ausgelichtet und einzelne Bäume gefällt werden. Diese Maßnahmen werden in der Sitzung vorgestellt.

Der Ossenmoorpark ist geprägt durch die Abfolge von unterschiedlichen Gehölzflächen, Bachläufen und mehreren Regenrückhaltebecken. Wiesen und Freiflächen sind dort nur punktuell anzutreffen. Besonders im Ossenmoorpark-West sind in der Vergangenheit schon diverse größere Pflegearbeiten in den waldartigen Beständen durchgeführt worden. Über den Erfolg dieser Maßnahmen, das Zusammenwirken mit dem Ossenmoorpark e. V. und die weiteren geplanten Maßnahmen soll im Ausschuss berichtet werden.

Herr Kerlin gibt zum vorliegenden Bericht eine Illustration anhand einer PowerPoint-Präsentation. Diese wird mit dem Protokoll jeder Fraktion auf jeweils einer CD-ROM zur Verfügung gestellt. Er beantwortet im Anschluss daran die Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Hahn bittet darum, dass künftig der beschlussfassende Ausschuss nach der Beratung im Umweltausschuss zu beteiligen ist. So sollen Anregungen und Anmerkungen noch in eine Beschlussfassung einfließen können.

Herr Schumacher schließt sich der Meinung von Frau Hahn an.

Herr Bosse antwortet Frau Hahn und Herrn Schumacher direkt und gibt im Anschluss daran Hintergrundinformationen zur Vorlage.

Frau Hahn bittet die Verwaltung um eine Aufstellung der finanziellen Mittel für die extensive Pflege von Moorbek- und Ossenmoorpark für die nächste Sitzung des Ausschusses.

Frau Pfeiler verlässt die Sitzung in der Zeit von 19.30-19.35 Uhr.

Herr Brüning und Herr Kurzewitz geben ergänzende Erläuterungen zu den Fragen der Ausschussmitglieder ab.

#### **TOP 5: B 10/0038 Entsorgung Verkaufsverpackungen**

Herr Josov bittet die folgende Anmerkung ins Protokoll aufzunehmen:

Vertragsänderungen oder eine Vertragsauflösung sollen jeweils unter Wahrung der Fristen im Umweltausschuss und der Stadtvertretung beschlossen werden.

Herr Ahlers-Hoops bittet um Abstimmung zu dieser Regelung.  
Der Vorsitzende Herr v. Appen lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Im Anschluss daran lässt der Vorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

## Beschlussvorschlag

Dem Abschluss des Vertrages über die Entsorgung von Verkaufsverpackungen der Fraktion PPK zwischen der Stadt Norderstedt und der Firma INTERSEROH Dienstleistungs GmbH, Stollwerckstraße 9 a, 51149 Köln, wird in der Fassung der Anlage 1 zugestimmt.

**Abstimmung:** Der Beschlussvorschlag wurde mit 13 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

### TOP 6: M 10/0051

#### Haushalt 2009

#### Hier: Überplanmäßige Ausgaben im Betriebsamt im IV. Quartal 2009

Herr Kurzewitz stellt die Vorlage vor und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

#### Sachverhalt

Hhst.: 6303.95100 Neu- und Umbau von Geh- und Radwegen, Maßnahmen AG Radverkehr  
Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 7.000,00 € wurde am 19.10.2009 genehmigt.

Beseitigung des Umfallschwerpunktes Radweg-Kreuzung Waldstraße/Ulzbürger Straße durch Umbaumaßnahmen.

Deckung: Minderausgaben bei Hhst.: 6308.96055 Neu- und Umbau von Straßen –  
Erschließung Meyertwiete-

Hhst.: 7500.51000 Bestattungswesen, Unterhaltung Außenanlagen

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 10.000,00 € wurde am 11.11.2009 genehmigt. Die zusätzlichen Mittel werden zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht im Bereich Grabpflege benötigt.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst.: 6300.151300 Gemeindestraßen, Schadenersätze in Höhe von 2.700,00 € und Hhst.: 6304.15140 Regenwasserkanäle, Schadenersätze in Höhe von 7.300,00 €

Hhst.: 7500.4000 Bestattungswesen, Bewirtschaftungskosten

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 14.000,00 € wurde am 11.11.2009 genehmigt.

Der erhöhte Mittelbedarf bei den Energiekosten (Strom, Wasser, Abwasser etc.) muss abgedeckt werden.

Deckung: Mehreinnahmen bei den Hhst.: 5800.15140 Park- und Gartenanlagen, Schadenersätze in Höhe von 3.400,00 € und 6304.15140 Regenwasserkanäle, Schadenersätze in Höhe von 10.600,00 €

Hhst.: 7500.55000 Bestattungswesen, Fahrzeugunterhaltung

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 10.000,00 € wurde am 11.11.2009 genehmigt. Es mussten unvorhergesehene Reparaturen an Fahrzeugen durchgeführt und bezahlt werden.

Deckung: Mehreinnahmen bei den Hhst.: 5800.15100 Park- und Gartenanlagen, Einnahmen aus Betrieb in Höhe von 2.500,00 €, Hhst.: 6300.15140 Gemeindestraßen, Schadenersätze in Höhe von 4.500,00 €, Hhst.: 6000.15120 Allgemeine Bauverwaltung, Sonstige Einnahmen in Höhe von 1.000,00 € und Hhst.: 7500.151410 Bestattungswesen, Schadenersätze in Höhe von 2.000,00 €

Hhst.: 4605.93500 Spielplätze, Beschaffung von Spielgeräten

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 23.000,00 € wurde am 13.11.2009 genehmigt.

Austausch von defekten bzw. stark beschädigten Spielgeräten.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst. 6300.34500 Gemeindestraßen, Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichem Vermögen.

Hhst.: 6750.93500 Straßenreinigung, Beschaffung bewegliches Vermögen

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 7.000,00 € wurde am 13.11.2009 genehmigt.

Austausch von defekten Papiersammelbehältern im Stadtgebiet.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst.: 6300.34500 Gemeindestraßen, Einnahmen aus der Veräußerung des beweglichen Vermögens.

Hhst.: 7200.93500 Abfallentsorgung, Beschaffung bewegliches Vermögen

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 23.000,00 € wurde am 13.11.2009 genehmigt.

Beschaffung von 1.100 I MGB für hoheitliche Aufgabe der Abfallentsorgung.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst. 6300.34500 Gemeindestraßen, Einnahmen aus der Veräußerung des beweglichen Vermögens.

Hhst.: 5800.55000 Park- und Gartenanlagen, Fahrzeugunterhaltung

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 25.000,00 € wurde am 18.12.2009 genehmigt.

Um den Betrieb aufrecht erhalten zu können war die Beschaffung von Ersatzteilen für Fahrzeuge sowie einige, unvorhersehbare Fremdreparaturen erforderlich.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst.: 6300.16200 Gemeindestraßen, Erstattung Kreis Ortsdurchfahrten

Hhst.: 5809.41400 Spielplätze, Dienstbezüge Arbeitnehmer/innen

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 25.000,00 € wurde am 18.12.2009 genehmigt.

Die Entgelte für die Mitarbeiter/innen werden auf Grund vertraglicher Verpflichtungen geleistet und sind unabweisbar. Entstandenen Mehrkosten gegenüber dem Ansatz sind daher zu leisten.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst.: 6300.16200 Gemeindestraßen, Erstattung Kreis Ortsdurchfahrten.

Hhst.: 6300.51170 Gemeindestraßen, Straßenbegleitgrün –Fremdvergabe-

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 15.000,00 € wurde am 18.12.2009 genehmigt.

Arbeiten am Straßenbegleitgrün mussten nach Vereinbarung durchgeführt werden; die entstandenen Mehrkosten für Lieferungen und Leistungen waren daher zu bezahlen.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst.: 6500.16100 Kreisstraßen, Erstattung Land Ortsdurchfahrten.

Hhst.: 6500.51000 Kreisstraßen, Unterhaltung des sonstigen, unbewegl. Vermögens

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 15.000,00 € wurde am 18.12.2009 genehmigt.

Erforderliche Asphaltarbeiten am Hummelsbütteler Steindamm betragen alleine 29.000,00 €, so dass durch die Durchführung der restlichen Unterhaltungsmaßnahmen der Ansatz überschritten wurde.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst. 6500.16100 Kreisstraßen, Erstattung Land Ortsdurchfahrten in Höhe von 300,00 € und Minderausgaben bei Hhst. 6750.51000 Straßenreinigung, Schneeräumung in Höhe von 14.700,00 €.

Hhst.: 7711.52000 Bauhof Friedrich-Ebert-Straße, Inventarunterhaltung und –ergänzung

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.400,00 € wurde am 18.12.2009 genehmigt.

Auf dem Bauhof musste wegen der Zusammenlegung der MA des Bauhofes Theodor-Storm-Straße häufiger Inventar ersetzt bzw. repariert werden. Ohne diese Leistungen ist ein ordnungsgemäßer Betrieb des Bauhofes nicht gewährleistet.

Deckung: Mehreinnahmen bei Hhst. 6500.16100 Kreisstraßen, Erstattung Land Ortsdurchfahrten.

Hhst.: 7500.41400 Bestattungswesen, Dienstbezüge Arbeitnehmer/innen

Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 16.000,00 € wurde am 18.12.2009 genehmigt.

Die Dienstbezüge für die Mitarbeiter/innen müssen auf Grund vertraglicher Verpflichtungen gezahlt werden und sind unabweisbar. Entstandene Mehrkosten gegenüber dem Ansatz sind daher zu leisten.

Deckung: Minderausgaben bei Hhst. 6750.51000 Straßenreinigung, Schneeräumung.

Herr Ramcke bittet die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen am Beispiel der Haushaltsstellen 6300.51170 und 6500.51000:

1. Wie kann es sein, dass am 18.12.09 angesichts der verbleibenden wenigen Arbeitstage im Jahr noch Fehlbeträge in dieser Größenordnung abgearbeitet werden können?
2. Sind diese Ausgaben nachträglich genehmigt worden oder sind diese Ausgaben/Arbeiten tatsächlich im Restjahr geleistet worden?

Für die Haushaltsstelle 7500.41400 Bestattungswesen, Dienstbezüge Arbeitnehmer/innen bittet Frau Hahn um eine aktualisierte Aufstellung zum Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen bis zur nächsten Sitzung des Umweltausschusses.

*Protokolländerung vom 24.02.2010 in Absprache mit dem Vorsitzenden Herrn von Appen.*

## **TOP 7: M 10/0050**

### **Klimaschutz: Bilanz über das Norderstedter Förderprogramm "Wärmeschutz im Gebäudebestand"**

Herr Brüning erläutert die Vorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

#### **Sachverhalt**

Schon im ersten Jahr seines Bestehens ist das Norderstedter Förderprogramm „Wärmeschutz im Gebäudebestand“ in mehrfacher Hinsicht ein Erfolg. Als finanzieller Anreiz zur energetischen Gebäudesanierung wurde von der Stadt eine Fördersumme von knapp 45.000 Euro ausgezahlt. Damit konnten Investitionen in die Sanierung von Fenstern, Dächern, Außenwänden und weiteren Bauteilen in Höhe von 734.000 Euro angestoßen werden. Jeder Euro an Fördermitteln hat also einen beinahe 16-fach höheren Betrag an Investitionen ausgelöst. Dieses Verhältnis ist im bundesweiten Vergleich ein Spitzenwert. Erfahrungsgemäß kommt der größte Teil dieser Investitionen dem örtlichen Handwerk zugute.

Zentrales Ziel des Programms ist es, den Klimaschutz in Norderstedt zu forcieren, wobei der Gebäudebestand mit 40% der CO<sub>2</sub>-Emissionen eine Schlüsselstellung einnimmt. Durch die geförderten Sanierungsmaßnahmen werden pro Jahr 592 t CO<sub>2</sub> vermieden. Mit jedem Euro Fördergeld werden 526 kg CO<sub>2</sub> während der durchschnittlichen „Lebensdauer“ eingespart – eine lohnende Investition.

Insgesamt wurden 33 Förderanträge komplett abgewickelt - bis zur Auszahlung der Fördersumme. Für etliche weitere Sanierungsvorhaben sind Fördermittel zugesagt, aber noch nicht abgerufen worden, da die Maßnahmen noch nicht abgeschlossen sind.

Besonders viele Sanierungen fanden im Stadtteil Friedrichsgabe statt. Hier sind traditionell viele kleinere Ein- und Mehrfamilienhäuser zu finden, die bis 1974 gebaut wurden und bei denen deshalb Sanierungen anstehen, die sich auch wegen des traditionell hohen Energiebedarfs besonders lohnen. So können sich wirtschaftlich optimierte Komplett-sanierungen in einem Zeitraum deutlich unter 10 Jahren amortisieren; die Energiekosten sinken dann schnell um 60%. Der optimale Klimaschutz- und Einspareffekt tritt ein, wenn durch die Sanierung der Gebäudehülle der Heizwärmebedarf so weit abgesenkt wird, dass der Restwärmebedarf durch erneuerbare Energien wie Holzpellets oder oberflächennahe Geothermie mittels Wärmepumpe gedeckt werden kann. Auch diese umfassenden Maßnahmen sind bei älteren Gebäuden in der Regel wirtschaftlich. Und je höher die Preise für fossile Energieträger wie Gas und Öl sind, desto schneller erfolgt die Amortisation.

Das Norderstedter Förderprogramm „Wärmeschutz im Gebäudebestand“, das in der jetzigen Form seit Mitte März 2009 vorliegt, gilt für selbst genutztes Wohneigentum mit bis zu 4 Wohneinheiten, das vor 1994 errichtet wurde und sich auf Norderstedter Stadtgebiet befindet. Gefördert werden Sanierungsmaßnahmen an der Gebäudehülle, die zuvor im Rahmen eines

qualifizierten Energiegutachtens empfohlen wurden. Dieses sogenannte Bafa-Gutachten wird vom Bundesamt für Wirtschaft mit 300 Euro bezuschusst. Wird auf Basis dieses Gutachtens eine Maßnahme umgesetzt, erhalten die Antragstellerinnen und Antragsteller eine zusätzliche Starterprämie von 250 Euro durch die Stadt Norderstedt. Damit wird ein relativ großer Teil der Kosten für das Gutachten gefördert. Das Gutachten soll insbesondere die Qualität der Maßnahmen sicherstellen und den Eigentümerinnen und Eigentümern eine umfassende Übersicht über die Energiesparmöglichkeiten ihres Gebäudes liefern. Dabei müssen nicht alle vorgeschlagenen Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden. Die Zuschüsse für die einzelnen Bauteile erfolgen in Form von Festbeträgen und können je nach Angebot eine Höhe von ca. 10% erreichen. Die Förderzuschüsse durch die Stadt Norderstedt können mit den zinsgünstigen Krediten der KfW im Rahmen des Programms „Energieeffizient Sanieren“ kombiniert werden und helfen, die Höhe des aufgenommenen Kredites zu senken.

#### **TOP 8: M 10/0052**

#### **Klimaschutz: Bilanz der Norderstedter CO<sub>2</sub>-Emissionen 2007/2008**

Herr Brüning erläutert die Vorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

#### **Sachverhalt**

### **CO<sub>2</sub>-BILANZ DER JAHRE 2007 UND 2008 FÜR NORDERSTEDT**

Auf Grundlage des in der Berichtsvorlage M 01/0574 vorgestellten Verfahrens zur Erstellung einer Norderstedter CO<sub>2</sub>-Bilanz wird hiermit dargestellt, wie hoch die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Norderstedt

- im Basisjahr 1990,
- im ersten von Norderstedt gewählten Zieljahr 2005,
- und in den Jahren 2006, 2007 und 2008

pro Einwohner/-in ausgefallen sind. Dabei lässt der Vergleich mit dem Basisjahr 1990 eine erste Aussage zur tendenziellen Entwicklung zu. Der Vergleich mit den Vorjahren ist der Beginn einer differenzierten Zeitreihe.

Die Fortschreibung der CO<sub>2</sub>-Bilanz konnte wegen der sehr zeitaufwändigen Konzeption, Vergabe, Fördermittel-Akquise und Begleitung des klimaschutzorientierten Energiekonzepts erst jetzt erfolgen. Sie geht einher mit einer, ebenfalls aufwändigen, Aktualisierung der CO<sub>2</sub>-Emissionsverfaktoren und einer Verfeinerung der Methode in den Bereichen Strom und motorisierter Individualverkehr (MIV), die eine verbesserte Datenlage ermöglicht. Zur Arbeitersparnis wurden die Bilanzjahre 2007 und 2008 gleichzeitig bearbeitet. Aus Gründen der Anschaulichkeit wurde die tabellarische Darstellung auf das Basisjahr 1990, das 1. Etappenziel im Jahr 2005 und die Bilanzjahre 2006 bis 2008 beschränkt. Eine durchgehende tabellarische Aufstellung der einzelnen Bilanzjahre findet sich in der Mitteilungsvorlage M 06/0251. Um die Auswirkung der Aktualisierung der Emissionsfaktoren [1], [2], [3] auf die Bilanz deutlich zu machen, wurde für das Bilanzjahr 2006 sowohl mit den alten als auch mit den neuen Emissionsfaktoren gerechnet; beide Ergebnisse sind dargestellt. Eine Erläuterung der Aktualisierung der Emissionsfaktoren und der Verfeinerung im Bilanzverfahren findet sich in der Anlage.

### CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf in Norderstedt

Der Pro-Kopf-Ausstoß des Treibhausgases CO<sub>2</sub> hat sich in Norderstedt folgendermaßen entwickelt:

CO <sub>2</sub> -Emissionen pro EW [t]	1990	2005	2006 (alt)	2006 (neu)	2007	2008	2010 (Ziel)
Wärme / Prozesse	7,39	5,08	5,14	4,94	5,26	4,99	3,69
Licht / Kraft (Strom)	2,80	3,28	3,26	2,81	3,02	2,75	1,40
Verkehr	3,33	3,14	3,12	3,12	2,96	2,89	1,66
Lebensstil	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	2,30
<b>insgesamt</b>	<b>18,02</b>	<b>16,00</b>	<b>16,01</b>	<b>15,37</b>	<b>15,76</b>	<b>15,14</b>	<b>9,01</b>
Veränderungen gegenüber 1990	-	-11,19%	-11,13%	-14,69%	-12,68%	-16,04%	-50,00%

Tab. 1: CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohner/-in in Norderstedt im Vergleich mit dem Basisjahr 1990 und dem Zieljahr 2010. Um die Auswirkungen der neuen Emissionsfaktoren auf die Bilanz zu verdeutlichen, ist das Jahr unter Anwendung der alten wie der neuen Emissionsverfahren dargestellt.

Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2008 eine CO<sub>2</sub>-Minderung von 16% verglichen mit dem Basisjahr 1990. Die angestrebte CO<sub>2</sub>-Minderung für das Zieljahr 2010 ist nur in der Summe (50%) vorgegeben. Für die einzelnen Handlungsbereiche stellen die Angaben lediglich Orientierungswerte dar, die einen gleichmäßigen Beitrag aller Handlungsbereiche zur CO<sub>2</sub>-Minderung unterstellt. Denkbar ist jedoch durchaus, dass ein unterdurchschnittlicher Ergebnisbeitrag in einem Handlungsbereich durch überdurchschnittliche Einsparungen in einem anderen kompensiert werden kann.

Aus den Zahlen lässt sich ersehen, dass lediglich im Handlungsbereich Heizwärme und Energie für Prozesse nennenswerte Einsparungen bis zum Bilanzjahr 2008 erzielt werden konnten. Die absolute Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt bei 27,1% (witterungsbereinigt), pro Kopf sogar bei 32,5%. In diesem Teilbereich wurde das Minderungsziel für 2005 erreicht. Für den Handlungsbereich Licht und Kraft ist ein leichter CO<sub>2</sub>-Anstieg von absolut 5,8% zu verzeichnen, während pro Kopf eine leichte CO<sub>2</sub>-Minderung 1,8% im Vergleich zum Basisjahr 1990 festzustellen ist. Dies bedeutet, dass die Stromerzeugung durch Veränderung der Energieträger im Strommix weniger CO<sub>2</sub>-intensiv geworden ist. Vergleicht man die Stromverbräuche von 1990 mit denen von 2008, wird dieser Effekt noch augenfälliger: Der Norderstedter Stromverbrauch pro Kopf stieg von 1990 bis 2008 um 14,6% an. Norderstedt liegt damit im Rahmen des bundesweiten Trends zu immer mehr Computern und sonstigen elektrischen Geräten, wodurch Effizienzsteigerungen der Geräte häufig überkompensiert werden. Durch effizientere Stromerzeugung, den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und den Einsatz Erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung, u. a. auch durch die Stadtwerke Norderstedt, wurde der Verbrauchsanstieg in seinen Klimafolgen gemildert.

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch den Verkehr haben absolut gegenüber der Basis 1990 um 6,2% abgenommen, pro Kopf um 13,2%. Gegenüber dem Jahr 2006 liegen sie um 7,4% niedriger. Dieses Ergebnis geht vor allem auf eine leichte Abnahme im Fahrzeugbestand zurück, insbesondere bei den PKW. Bemerkenswert ist, dass die verfügbaren Daten einen kontinuier-

lichen Anstieg der Personenkilometer für Inlandsflüge zeigen [4]. Nachdem die Personenkilometer von 2005 auf das Bilanzjahr 2006 um 5,8% zugenommen hatten, beträgt allein die Zunahme von 2006 auf 2007 nochmals 5,8%. Methodenbedingt bleiben die Angaben zum Handlungsbereich Lebensstil unverändert.

Die grafische Darstellung der jährlichen Ergebnisse sowie eine vergleichende Aufteilung der Bilanz in die einzelnen Handlungsbereiche findet sich in der Anlage.

### **Fazit**

Die CO<sub>2</sub>-Bilanz 2008 für die gesamte Stadt Norderstedt weist – bezogen auf die Pro-Kopf-Emissionen – einen Rückgang der Emissionen um 16,04 % gegenüber dem Referenzjahr 1990 auf. Für das Jahr 2007 beträgt die CO<sub>2</sub>-Minderung 12,68 %. Für einen Vergleich mit den bundesweit kommunizierten Zahlen muss der CO<sub>2</sub>-Anteil von 4,5 t pro Person, der in der Norderstedter CO<sub>2</sub>-Bilanz für den „Lebensstil“ angesetzt wird, herausgerechnet werden. Dann ist ein Vergleich mit den Trendtabellen des Umweltbundesamtes für die CO<sub>2</sub>- und Treibhausgasemissionen in Deutschland im Zeitraum 1990 bis 2008 möglich, da diese Bilanzen auf Basis der Energieabsatzdaten in Deutschland erstellt werden und z.B. die sogenannte „graue Energie“ nicht berücksichtigen, die z.B. in Herstellung und Transport importierter Konsumgüter steckt. Für Norderstedt ergibt sich ohne Berücksichtigung des Lebensstils eine CO<sub>2</sub>-Minderung von 1990 bis 2008 um 21,4 %. Für Deutschland wurde eine CO<sub>2</sub>-Minderung um 19,7% ermittelt. Der Rückgang aller Treibhausgasemissionen beträgt bundesweit für den genannten Zeitraum 22,2% [3]. Die Stadt selbst konnte die CO<sub>2</sub>-Emissionen ihrer Liegenschaften im gleichen Zeitraum um über 30 % senken.

Der aktuellen Fortschritte bei der CO<sub>2</sub>-Minderung stammen zu einem großen Anteil aus der Änderung der Emissionsfaktoren im bundesweiten Strom-Mix. Mit der Bilanz 2007/2008 kann dieser durch das Umweltbundesamt veröffentlichte Wert anders als bisher jahresaktuell für die Bilanz herangezogen werden. Die beträchtlichen Schwankungen der jährlichen spezifischen Kohlendioxidemissionen für die bundesdeutsche Stromerzeugung aus einem Mix von fossilen, nuklearen und erneuerbaren Energieträgern beruht u.a. auf einer gewissen Witterungsabhängigkeit bei der Erzeugung erneuerbarer Energien, Schwankungen im Einsatz von Atomkraft und Schwankungen beim Stromabsatz. Je größer der Anteil an lokalem, auf Basis von erneuerbaren Energien erzeugtem Strom ist, desto geringer wird dieser, von der Norderstedter Bevölkerung nur mittelbar beeinflussbare Faktor auf die lokalen CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Nachdem in den ersten Jahren nach Aufbau der Klimaschutzkoordination der Fokus der Bemühungen darin lag, die CO<sub>2</sub>-Emissionen im unmittelbaren Handlungsbereich zu senken, also vorrangig in den eigenen Liegenschaften, zielen die Aktivitäten der vergangenen Jahre zusätzlich auf eine maßgebliche CO<sub>2</sub>-Minderung im gesamten Stadtgebiet:

- Das Norderstedter Förderprogramm „Wärmeschutz im Gebäudebestand“ ist erfolgreich angelaufen und ein wichtiger Bestandteil der Maßnahmen, das hohe Klimaschutzpotential in energetischen Gebäudesanierung anzugehen.
- Durch die Maßnahmen des Lärmaktionsplans können CO<sub>2</sub>-Minderungen im wichtigen und schwer anzugehenden Handlungsfeld Verkehr in einer Größenordnung von 11%, bezogen auf dieses Handlungsfeld, erreicht werden.
- Das klimaschutzorientierte Energiekonzept zeigt weitere CO<sub>2</sub>-Minderungspotentiale und Handlungsmöglichkeiten in der Gebäudesanierung auf und beschreibt den aktuellen Stand der Handlungsmöglichkeiten der Stadt im Rahmen der Bauleitplanung. Es soll im Frühjahr 2010 in den städtischen Gremien beraten werden.

**Quellenangaben:**

- [1] INSTITUT FÜR ANGEWANDTE ÖKOLOGIE E. V. – 2009 – Globales Emissionsmodell integrierter Systeme (GEMIS)- Computerprogramm, Version 4.5, Darmstadt
- [2] DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG; - 2009 - Wochenbericht Nr. 50/2009, Berlin
- [3] UMWELTBUNDESAMT –2009 – Entwicklung der spezifischen Kohlendioxid-Emissionen des deutschen Strommix 1990-2007 – Quelle: [www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/co2-strommix.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/co2-strommix.pdf) (abgerufen am 3.2.2010)
- [4] DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG; Auskunft von Frau Radke per e-Mail, Januar 2008 (auf Basis von Daten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung)
- [5] UMWELTBUNDESAMT – Presseinformation 16/2009, Dessau

Herr Ramcke kritisiert, dass die Stadt nicht früher und stärker auf die absehbare Zielverfehlung reagiert hat.

Her Brüning verweist auf die Stärken-Schwächen-Analyse im Rechenschaftsbericht für das Zieljahr 2005 (Vorlage M 07/0035, Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 01.02.2007). Seitdem sind einige größere Weichenstellungen für mehr Klimaschutz in der Stadt vorgenommen worden. Der Lärmaktionsplan setzt Impulse für das Handlungsfeld Verkehr (11% CO<sub>2</sub>-Minderung bis 2013), das seit 2009 verfügbare Förderprogramm „Wärmeschutz im Gebäudebestand“ und das Energiekonzept bieten konkrete Perspektiven für den Gebäudebereich. Auch bei den Stadtwerken sind verstärkte Aktivitäten im Handlungsfeld „Energiedienstleistungen“ erkennbar.

**TOP 9: M 10/0058**  
**Halbjahresbericht 2/2009**  
**Fachbereich 602 Umwelt**

Herr Brüning erläutert die Vorlage und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder wird in der nächsten Sitzung allen die neue Baubroschüre zur Verfügung gestellt.

**Sachverhalt**

Die Vorlage M 10/0058 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

**TOP 10:**  
**Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 10.1: M 09/0596****Anfrage der SPD-Fraktion zum Halbjahresbericht 2/2008, Fachbereich 602 Umwelt****Die Anfrage der SPD-Fraktion im Umweltausschuss am 17.06.2009 zum Halbjahresbericht wird folgendermaßen beantwortet:**

Herr Brüning gibt die Vorlage zu Protokoll.

**Sachverhalt**

*In Abschnitt 4.3 Klimaschutz des Berichts wird unter der Überschrift "Ergebnisse und umgesetzte Leistungen 2008" unter dem 3. Spiegelpunkt mitgeteilt, dass die Erstellung der CO<sub>2</sub>-Bilanz aufgrund der hohen Arbeitsbelastung durch andere vordringliche Aufgaben habe immer wieder verschoben werden müssen (Seite 11).*

*Auf Seite 12 heißt es unter der Überschrift "Abweichungsanalyse", dass der Bereich Klimaschutz in der Stadtplanung gegenwärtig verkannt sei. Von fünf Stellen des Bereiches Klimaschutzkoordination seien zum Jahresende 2008 nur 3,8 Stellen besetzt gewesen. Die Nichterstellung der CO<sub>2</sub>-Bilanz für 2007 beruhe darauf, dass – angesichts der personellen Unterbesetzung – anderen Aufgaben der Vorrang eingeräumt worden sei.*

*Auf Seite 13 wird mitgeteilt, dass der aktuelle Umsetzungsstand des Grundsatzbeschlusses vom 07.11.1995, wonach bis zum Jahre 2010 50 % der städtischen CO<sub>2</sub>-Immissionen reduziert werden sollten, in Ermangelung einer aktuellen CO<sub>2</sub>-Bilanz nicht mitgeteilt werden könne.*

*Wir fragen daher den Oberbürgermeister:*

1. *Aus welchen Gründen ist der Bereich Klimaschutz in der Stadtplanung vakant?*

Antwort:

Die Stelleninhaberin auf der Stelle Klimaschutz in der Stadtplanung war seit Januar 2008 zunächst in Mutterschutz und anschließend in Elternzeit. Ab April 2009 arbeitet sie wieder mit 50% der vollen wöchentlichen Arbeitszeit, wovon ca. 25% (5 Wochenstunden) speziell für den Klimaschutz zur Verfügung stehen.

2. *Welche Aktivitäten hat es im Zusammenhang mit dem Energiekonzept 2008 gegeben, die dem Bereich der Stadtplanung zuzurechnen sind?*

Antwort:

Im Vergleich zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen der Stadtverwaltung ist der stadtweite Rückgang des Treibhausgases CO<sub>2</sub> unterdurchschnittlich. Die Handlungsmöglichkeiten im Bereich Stadtentwicklung / verbindliche Bauleitplanung soll das klimaschutzorientierte Energiekonzept aufzeigen und umsetzen helfen. Es ist in seinem konzeptionellen Ansatz zukunftsweisend und in dieser Art noch in keiner anderen Kommune erstellt worden. Das Energiekonzept stellt eine informelle Planung dar und verbindet Aspekte der Energieversorgung mit denen des baulichen Wärmeschutzes von Gebäuden in städtebaulichen Zusammenhängen.

Die Projektleitung liegt bei der Klimaschutz-Koordinatorin. Die Konzepterstellung wird mit zahlreichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Hause eng abgestimmt, wobei das Team Stadtplanung in besonderer Weise eingebunden ist.

Im Jahr 2008 wurde die Beauftragung für ein Energiekonzept inhaltlich geplant, eine beschränkte Ausschreibung, deren Auswertung und die Auftragsvergabe sowie eine – erfolgreiche - Beantragung von Fördermitteln beim Bundesumweltministerium durchgeführt.

Nunmehr liegt das Energieversorgungskonzept vor und befindet sich in der

verwaltungsinternen Abstimmung.

2.a) Welcher personelle Aufwand ist dadurch im Einzelnen entstanden (jeweils in Jahresarbeitsminuten).

Antwort:

Eine minutengenaue Bilanzierung des personellen Aufwands kann nicht geleistet werden. Überschlägig ist davon auszugehen, dass für die genannten vorbereitenden Arbeiten im Zeitraum von Juni bis Dezember 2008 allein bei der Klimaschutz-Koordinatorin ca. 40 % ihrer wöchentlichen Arbeitszeit in Anspruch genommen wurde. Das gilt auch für 2009. Die Inanspruchnahme von Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Stadtwerke erzeugte einen überdurchschnittlichen Arbeitsaufwand für das Energiekonzept.

Personalwirtschaftlich stellt sich die Situation wie folgt dar:

Amt 68

681.19 Vz Stelle ab 01.11.09 vakant, zur Zeit Wiederbesetzungsverfahren

681.21 Vz durchgehend besetzt

683.18 durchgehend besetzt, die Stelle hat zu 50% Verwaltungsaufgaben im Klimaschutz, 2009 wurde festgestellt, dass der Bedarf nicht mehr gegeben ist (Fortschreibung Easy-Watt 10%). Mit dem Grundstellenplan 2010 wird daher eine Verwaltungsstelle Klimaschutz mit 16 Stunden in den Fachbereich 602 verlagert. Die Stelle wird Anfang 2010 besetzt. Dies sind 2,1 Stellen.

Fachbereich 602

602.16 Vz die Stelle ist seit längerem mit 30 Stunden besetzt, nach Stellungnahme zur Reduzierung durch den Fachbereichsleiter kann auf die restlichen Stunden verzichtet werden

602.17 Tz die Stelle ist durchgehend besetzt

602. neu 16 Stunden, die Stelle wird 2010 besetzt. Dies sind rechnerisch 1,9 Stellen.

Fachbereich 601

Die Stelle ist mit zwei Teilzeitkräften zum Klimaschutz und zur Lärminderung besetzt.

Alle fünf Stellen waren und sind besetzt (1,4 Stellen sind im Wiederbesetzungsverfahren).

2.b) *Warum wurde diesen Aktivitäten der Vorrang gegenüber der Erstellung der CO<sub>2</sub>-Bilanz eingeräumt? Welche Wertigkeit haben Stadtvertreterbeschlüsse?*

Antwort:

Angesichts der bestehenden, durchaus ehrgeizigen Klimaschutzziele einerseits und der knappen personellen Ressourcen andererseits sind nicht alle Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen. Daher müssen Prioritäten gesetzt werden.

Im Herbst 2008, also dem in der Vergangenheit für die Bilanzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Vorjahres zugeordneten Zeitpunkt (ab Ende September liegen in der Regel die notwendigen Bundesdaten des Vorjahres vor) bestanden folgende zeitliche Erfordernisse:

1. Zeitliche Koordination des Energiekonzeptes mit dem parallel laufenden Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK), um beide Planungen möglichst gut miteinander ab-

zustimmen. Dazu musste das Energiekonzept so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden.

2. Beantragung von Fördermitteln, die im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative erst seit Juni 2008 zur Verfügung stehen, wonach integrierte Klimaschutzkonzepte und Teilkonzepte durch das Umweltministerium mit 80% gefördert werden (können); das aufwendige Antragsverfahren musste vor Maßnahmenbeginn abgewickelt werden; Mitte Dezember 2008 erhielt die Stadt Norderstedt die Förderzusage in Höhe von rund 48.000 Euro.

Angesichts der Chancen, die in einem Klimaschutzkonzept stecken, wurde der Bilanzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen eine geringere Priorität beigemessen, zumal auch hierfür ein erheblicher Zeitaufwand erforderlich ist. Während die Einsparungen bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen im direkten Einflussbereich der Stadtverwaltung deutliche Veränderungen aufweisen, zeigen die stadtweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen nur geringfügige jährliche Veränderungen auf. Eine überschlägige Betrachtung der Rohdaten führte zu der Erkenntnis, dass auch für das Jahr 2007 keine maßgeblichen Abweichungen vom bisherigen Trend zu erkennen seien.

Das soll sich u.a. mit Hilfe des Energiekonzepts ändern, das die großen Klimaschutzpotenziale der energetischen Gebäudesanierung bzw. des energiesparenden Neubaus aufzeigen und deren Umsetzung befördern soll. Das ist durch die in der Regel nur indirekten Einflussmöglichkeiten der Verwaltung nicht leicht, aber die notwendigen Voraussetzungen werden durch das Energiekonzept entscheidend verbessert.

3. *Hat der Grundsatzbeschluss der Stadtvertretung zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung für den Oberbürgermeister besondere Priorität?*
  - a) *Wenn ja, warum wurde er nicht umgesetzt?*
  - b) *Warum werden die dafür vorgesehenen Stellen zweckentfremdet bzw. nicht besetzt?*

Keine Zweckentfremdung, sondern alle Stellen sind für den Klimaschutz tätig.

- c) *Wenn nein, welche Aufgaben haben Priorität und warum?*

Antwort: Die Aufgaben zum Klimaschutz sind mit den vielfältigen Aufgaben der Stadtverwaltung angemessen in Einklang zu bringen. Die guten Leistungen im Bereich Klimaschutz sind an den zahlreichen Auszeichnungen und Preisen abzulesen.

4. *Werden die für die Klimaschutz-Koordination laut Stellenplan vorgesehenen fünf Stellen im Jahre 2009 wieder besetzt sein?*

Antwort:

siehe oben

**TOP 10.2:  
Anfrage der SPD-Fraktion zu Winterdienst**

Herr Platten gibt folgende Anfrage zu Protokoll und bittet um schriftliche Beantwortung:

Welche unterschiedlichen Salze werden im Winterdienst verstreut?

Gibt es Untersuchungen oder Messungen, welche Auswirkungen diese Salze auf die Natur haben, wonach dann die Konzentration der Salze bei der Streuung berücksichtigt werden könnte?

Gibt es eine Abwägung beim Einsatz von Salzen zwischen Sicherheit auf Straßen und Fußwegen und der negativen Auswirkung der Salze auf die Natur?

**TOP 10.3:  
Anfrage von Frau Hahn zur Haushaltsstelle 7200.93500 Abfallentsorgung Ausgabe 23.000 Euro**

Frau Hahn gibt für die SPD-Fraktion folgende Anfrage zu Protokoll mit der Bitte um schriftliche Beantwortung.

Handelt es sich bei der Haushaltsstelle 7200.93500 – Abfallentsorgung, Ausgabe 23.000,- Euro Beschaffung 1.100 MGB um blaue Tonnen oder Restabfallbehälter?

**TOP 10.4:  
Anfrage von Herrn Josov zum elektronischen Nachweisverfahren für Sonderabfälle**

Herr Josov stellt eine Frage zum Stand des elektronischen Nachweisverfahren für Sonderabfälle.

Herr Kurzewitz beantwortet die Anfrage direkt.

**TOP 10.5:  
Anfrage von Herrn Nothaft zur Beantwortung der Anfrage zum Einsatz von Laubsaugern und Rasenmähern**

Herr Nothaft erinnert an die noch offene Beantwortung der Anfrage zum Einsatz von Laubsaugern und Rasenmähern.

Herr Kurzewitz stellt die Beantwortung für die nächste Sitzung in Aussicht.

**TOP 10.6:  
Anfrage von Herrn v. Appen zur Beantwortung der Anfrage zum Einsatz der 1,1 cbm Papiertonnen**

Herr von Appen fragt nach der noch ausstehenden Beantwortung aus der Sitzung am 20.01.2010 zu den Daten zum Einsatz der 1,1 cbm Papiertonnen (gemäß Vorlage B 09/0271.1).

Herr Kurzewitz sichert die Versendung der Antwort mit der Einladung zur nächsten Sitzung zu.

**TOP 10.7:**

**Anfrage von Herrn v. Appen zur Übernahme der Kosten des Einsatzes der Straßenfräsen im Winterdienst**

Herr von Appen stellt eine Frage zu den Kosten des Einsatzes der Straßenfräsen im Winterdienst.

Herr Kurzewitz antwortet direkt.